

Armutsbetroffene bekommen die steigenden Preise besonders zu spüren

Wer Sozialhilfe bezieht, ist vor der Teuerung geschützt, könnte man meinen. Doch Betroffene müssen die Mehrkosten aus demselben Grundbedarf decken wie bisher – und dafür noch mehr verzichten. So reagieren Oberwalliser Institutionen.

Léonie Hagen

Am direktesten trifft sie die Menschen, deren Einkommen schon vorher kaum ausreichte. «Wer mindestens über ein kleines Polster verfügt, bekommt die Teuerung nur wenig zu spüren», sagt Willy Loretan, Geschäftsführer des Sozialmedizinischen Zentrums Oberwallis. «Doch wer schon wenig hat, spürt jeden zusätzlichen Franken.»

Rund 700'000 Menschen sind in der Schweiz definitionsgemäss von Armut betroffen, sprich sie haben zu wenig Mittel, um die eigene Existenz zu sichern. Dieses Minimum liegt schweizweit bei etwas über 1000 Franken für eine Person. Dazu kommen die gesundheitliche Grundversorgung sowie die Wohnungskosten.

Für Letztere legt jede Gemeinde ein Maximum fest, das sie mitträgt. Eine alleinstehende Person in Visp hat für ihren Wohnraum maximal 800 Franken zur Verfügung. Alles darüber muss vom Grundbedarf bezahlt werden.

Der Grundbedarf dient dazu, alle übrigen Lebenskosten zu decken: Lebensmittel, Hygiene, Kleidung. Punkte, die von der Teuerung betroffen sind. Auch die Strom- und Energiekosten laufen über den Grundbedarf. All das führe dazu, dass die Leute auf noch mehr verzichten müssten, erklärt Loretan.

Zwar besteht die Möglichkeit, den Grundbedarf an die Teuerung anzupassen. Doch das geschieht zeitlich verzögert – genauso wie die Anpassungen der Mietzinsrichtlinien in den Gemeinden.

Es hält sich die Annahme, die Armutsbetroffenen seien gut geschützt. Das stimme nicht, sagt Loretan. Sie können zwar Prämienverbilligungen erhalten. Aber die meisten aktuellen Preiszunahmen müssten mit dem Grundbedarf abgedeckt werden. Das bewirkt vor allem eine Verzichtshaltung. Und damit eine potenzielle Unterversorgung: Betroffene müssen etwa auf eine gesunde Ernährung verzichten. Sie ist schlicht zu teuer. Die steigenden Preise fordern

«Wer schon wenig hat, spürt jeden zusätzlichen Franken.»

Willy Loretan

Direktor Sozialmedizinisches Zentrum Oberwallis



Durch die steigenden Preise können sich Armutsbetroffene auch vermeintlich Selbstverständliches noch weniger leisten.

Bild: pomona.media/Daniel Berchtold

auch die Beratenden des SMZO heraus. Sie versuchen zunächst, das Kaufverhalten zu reflektieren: Wo gehen die Leute einkaufen? Welche alternativen Anbieter lassen sich noch finden? Die Beratung verweist jeweils auf günstige oder kostenlose Angebote.

Denn: Mehr als ein Drittel der Betroffenen sind Kinder und Jugendliche. Deren Kaufverhalten unterscheidet sich meist kaum von dem ihrer Gleichaltrigen. Der Gruppendruck führt dazu, dass man eben am Automaten auch eine Coladose kauft. Obwohl sie dort dreimal so viel kostet wie andernorts. Der Spielraum für ein angepasstes Kaufverhalten ist hier am grössten.

Jugendarbeit: Gemeinsamen Raum schaffen

Auch die Oberwalliser Jugendarbeit kommt mit Armut in Kontakt. Schweizweit ist ein Zehntel der Kinder und Jugendlichen armutsbetroffen. In den Jugendtreffs dürfte der Anteil aber höher sein, so der Visper Jugendarbeiter Michael Ruppen.

Denn die niederschweligen Angebote sind für Armutsbetroffene besonders ansprechend. «Wir stellen Räume zur Verfügung, in welchen man sich mit Freunden treffen kann, auch wenn das zu Hause vielleicht nicht geht», sagt Ruppen.

Die Jugendtreffs bieten auch Zugang zu Dingen, die nicht selbstverständlich sind. Spielkonsolen zum Beispiel. «Solche

Bedürfnisse machen sich in den Jugendarbeitsstellen besonders bemerkbar», so Ruppen, «bietet man aussergewöhnliche Programmpunkte an, kommt als Erstes die Frage: «Wie viel kostet das?»»

Es sei aber wichtig, die Jugendlichen nicht auf die Armut zu reduzieren – sondern ihre Bedürfnisse genauso wahrzunehmen wie die anderer Jugendlicher. Diese profitieren ebenso von der Gemeinschaft in den Jugendtreffs. Umso grösseren Wert legt Ruppen deshalb darauf, dass auch wirklich alle am Programm teilnehmen können.

«Nachbar in Not»: Anträge nehmen zu

Denn neben den materiellen Problemen kann Armut vor allem zu einer sozialen Isolation führen. Ein Besuch im Café, Restaurant oder im weiter entfernten Wohnort der Grosseltern fällt weg. Hinzu kommt die Scham, sich vermeintlich Selbstverständliches nicht mehr leisten zu können.

Die Stiftung «Nachbar in Not» erhält täglich Unterstützungsanfragen von Armutsbetroffenen und Institutionen. Die Anfragen nehmen – anders als beim SMZO – stetig zu. Sie betreffen etwa höhere Stromrechnungen, Kosten für Sportvereine oder Mietnebenkosten.

Auch hier schlägt die Teuerung zu. «Jede zusätzliche Ausgabe für ein Billett, für Benzin oder Lebensmittel leert das

Portemonnaie zusätzlich», sagt die Stiftungsratspräsidentin Helena Mooser Theler. «Das alles löst Stress aus, der die Menschen entkräftet und schlussendlich auch krank macht.»

Die Stiftung bietet dort sogenannte Überbrückungshilfen, indem sie die Kosten für solche Rechnungen übernimmt. Man behandle die Gesuche so schnell wie möglich. «Bei Notfällen auch innert Tagen», so Mooser Theler. Dafür sei man allerdings auch selbst auf Spendengelder angewiesen.

Willy Loretan vom SMZO bestätigt, dass private Stiftungen vieles auffangen. Doch er sagt: «Es sollte nicht das Ziel sein, dass diese Leistungen an Privaten hängen bleiben.»

«Der Druck entkräftet die Menschen und macht sie krank.»

Helena Mooser Theler

Stiftungsratspräsidentin Nachbar in Not

Emera: Für Betreute wird es eng

Die Stiftung Emera sieht für ihre Betreuten ebenfalls ein Risiko durch die Teuerung. Beeinträchtigte hätten schon jetzt ein knapp bemessenes Budget, sagt der Direktor der Stiftung Dario Andenmatten. Man setze aber alle Mittel ein, um diese Situation zu verbessern.

Auch hier werden vor allem alltägliche Gegenstände knapp. Für einige sind es Ferien, für Rauchende sind es Zigaretten. Man versuche, dem kreativ entgegenzutreten, etwa mit Ausflügen, Kurzferien oder Motivation zum Rauchstopp.

Aber: «Für Menschen, die wir zu Hause betreuen, werden die nächsten Monate sicherlich eng.» Es werde erhöhte finanzielle Unterstützung, aber auch Coaching benötigt, um einen Umgang mit der Situation zu finden und Krisen zu verhindern. Im Bereich des Wohnens und der Ateliers hofft die Stiftung auf die zusätzliche Unterstützung seitens des Kantons, um die Mehrkosten decken zu können. Die effektiven Kosten werde man erst in den nächsten Monaten abschätzen können, so Andenmatten.

SMZO: Keine Zunahme der Sozialfälle in Sicht

Schwer abzuschätzen ist auch, wer erst noch in die Armut schlittern könnte. Je nach Statistik leben in der Schweiz rund acht Prozent der Bevölkerung nur knapp

über der Armutsgrenze. Auch sie könnten durch die steigenden Preise stark getroffen werden.

Beim SMZO verzeichnet man bisher aber keine Zunahme der Sozialfälle. Im Gegenteil: Seit 2021 sind die Zahlen leicht rückläufig. Doch die Beratungen nehmen zu. Das heisst zwar noch nicht, dass auch die Sozialfälle zunehmen. Denn in rund einem Fünftel der Beratungen des SMZO bleibt es bei der persönlichen Begleitung.

Man merke aber auch, dass bei den Sozialhilfebezügern das Geld schon früher im Monat ausgehe. Kurzfristig schaffen hier Vorschüsse Abhilfe. Doch längerfristig werde es Anpassungen brauchen, so SMZO-Direktor Willy Loretan.

Am wichtigsten sei jedoch, dass man Perspektiven schaffe. Denn für die meisten ist die Sozialhilfe nicht das Aus: 60 Prozent der Begleiteten werden nach einem Jahr abgelöst, nach zwei Jahren sind es gar 80 Prozent.

«Wenn man täglich mit Existenzsorgen konfrontiert ist, landet man schnell in eine Art Tunnelblick», sagt Loretan. Man sehe dann keinen Ausweg mehr. In der Beratung gehe es darum, gerade diesen Tunnel zu durchbrechen. Wege zu finden, um trotzdem am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gerade Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Und anderen verschiedene Alternativen aufzuzeigen. Damit auch der Weg aus der Armut etwas leichter wird.